

Bürgersinn statt Spaßgesellschaft

Mitmischen ist "in"

Wenn Kommunen in Verbindung mit den örtlichen Vertretern von Handel und Gewerbe zu Veranstaltungen unter dem Motto „Unsere Stadt soll attraktiver werden“ aufrufen, kommen die Bürger in Scharen zu den meist mehrtägigen Workshops und produzieren erstaunlich kreative Ideen.

Mitmischen ist „in“, weil die Bürger wissen, dass der Staat mit vielem, was uns heute bedrückt, überfordert ist. Leere kommunale Kassen haben den Verlust kultureller und sozialer Einrichtungen zur Folge. Hier hilft nur noch Selbsthilfe und Engagement statt einer Null-Bock-Mentalität, die uns mit Vandalismus und Gewalt bedroht.

Bürgersinn und Opferbereitschaft gegen eine Spaßgesellschaft ohne Verantwortung? Viele wären bereit, sich sozial zu engagieren, wenn sie die Gewissheit hätten, dass ihr Einsatz nicht umsonst ist, sondern zu positiven Ergebnissen führt.

Wie steht's mit Ihnen? Wenn Sie der Meinung sind, dass in Sachen Bürgerbeteiligung mehr geschehen sollte, lesen Sie weiter

Laut Verfassung der BRD sollen die Länder Bürgerbeteiligung in den Kommunen fördern. Etwa bei der Gemeindefinanzreform. Hier bietet sich die Chance, Einnahmen und Ausgaben der Kommunen durch einen „Bürgerhaushalt“ für jedermann nachvollziehbar zu machen. Erst wenn Gemeindehaushalte nicht mehr Geheimwissen für Eingeweihte sind, können sich die Bürger effektiv für kommunale Belange einsetzen.

Die Transparenz der Gemeindehaushalte ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Anforderungen an die öffentliche Hand. Und zugleich die Voraussetzung für die Bereitschaft der Bürger, auch finanziell im Rahmen der eigenen Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen.

Sehen Sie das ebenso? Dann lesen Sie weiter ...

Viel zu viel Bürokratie ...

Immer wieder wird die Reform des föderalen Systems angemahnt. Es gilt als viel zu bürokratisch und überregelt. Politische Prozesse müssen transparent sein, damit die Bürgerinnen und Bürger einschätzen können, wo und wie Entscheidungen gefällt werden.

Doch was nützt das schöne neue Leitbild „Bürgergesellschaft“, wenn politische „Bruderschaften“ zwischen EU-, Bundes- und Landespolitik bürgerschaftliches Engagement mit bürokratischen Prozeduren erschweren oder gar unmöglich machen?

Dabei zeigt sich immer wieder, dass Beteiligung der Bürger eine enorme Lernchance für die Politik darstellt, weil sie zu volksnahen und damit auch Kosten sparenden Regelungen führt - wenn die gemeinsamen Erfahrungen richtig genutzt werden.



Aber in der Praxis geschieht zu wenig ...

Warum fördert der Staat keine Wettbewerbe in Sachen Bürgerbeteiligung? Warum ist dies kein Thema in den Medien? Zwar gab es 2001 das „Internationale Jahr der Freiwilligen“ und die Enquête-Kommission des Bundestages hat 2002 viele Vorschläge

zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" gemacht, doch eine öffentliche Debatte über den Umbau des Sozialstaates und die neue Rolle der Wirtschaft für die Entwicklung der Zivilgesellschaft wollte nicht in Gang kommen

Die Zeit ist reif für den Umbau ...

Ohne bürgerliches Engagement über die Parteigrenzen hinweg werden wir die Aufgaben der Zukunft nicht meistern. Einen Anfang machen Lern-Netzwerke einiger Bundesländer, die sich über gelungene Modelle und „gute Praxis" verständigen, etwa in der Anerkennung, Fortbildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen oder der Förderung von Infrastruktureinrichtungen wie die - zungenbrecherischen - Landesehrenamtsagenturen in Hessen.

Allerdings sind lokale Freiwilligenagenturen von der Finanzmisere der Kommunen bedroht. Denen fehlt das Geld, diese Einrichtungen weiter zu führen, wenn die Modellprogramme der Länder auslaufen. Eine übergreifende, abgestimmte und dauerhafte Bürgerengagement-Förderung fehlt. Es bleibt in der Regel bei isolierten Teilaktivitäten, die mit dem Auslaufen der Programme und Initiativen wieder versiegen.

Hoffnung auf Netzwerke

Mit der Einrichtung einer Enquête-Kommission hat der Bundestag in der letzten Legislaturperiode zwar ein Zeichen gesetzt; dennoch ist offen, wer sich die zahlreichen Kommissionsvorschläge zu eigen macht und was davon umgesetzt wird.

Große Erwartungen werden mit der Gründung eines „Bundesweiten Netzwerks zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements" (BBE) verbunden.

Es gibt zwei Modelle ...

In der defensiven Variante soll bürgerschaftliche Selbsttätigkeit Staats- und Marktversagen kompensieren. Es werden immer wieder die „Grenzen des Sozialstaates" und die Verpflichtung der Bürger zur Selbsthilfe beschworen. Es geht also darum, unter dem Label der Bürgergesellschaft Verantwortlichkeiten vom Sozialstaat auf die Bürgerinnen und Bürger zu verlagern.

Dem steht ein offensives basisdemokratisches Modell von Bürgergesellschaft gegenüber. Hier geht es um eine Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgerengagement. Damit die Balance funktioniert, müssen die kommunalen Mandatsträger bereit sein, Macht abzugeben.

Es gilt, den Erwartungshorizont abzustecken, um wechselseitige Enttäuschungen zu vermeiden. Dabei kann es durchaus zu Kombinationen beider Modelle kommen. Allerdings werden die BürgerInnen nicht bereit sein, ohne erweiterte demokratische Handlungsspielräume das Versagen der Politik auszubügeln.

Mehr bürgerschaftliche Selbsttätigkeit ...

Wie lassen sich die Bürger zu einer „freiwilligen Selbstverpflichtung" bewegen? Gesetz und Geld taugen dazu nur begrenzt, weil rechtliche Verpflichtungen die Freiwilligkeit zum „Zwangsdienst" machen und monetäre Anreize das Bürgerengagement in die Nähe von Erwerbsarbeit rücken.



Am ehesten funktioniert die Mitbeteiligung, wenn die politischen Macher nicht nur an die Verantwortung der Bürger appellieren, sondern offen einräumen, dass die

Anwohner über die Gegebenheiten und Verhältnisse in ihrem Dorf oder Stadtteil mehr wissen als jeder von außen kommende Experte. Deshalb sollen die BürgerInnen in alle Phasen von Dorf- und Stadtteilerneuerungen eingebunden werden.

Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligungen ...

.. wären ein wichtiger nächster Schritt. Wenn geplante Gesetze und Programme auf ihre Engagementfreundlichkeit überprüft würden, könnte Bürgerorientierung ein wesentliches Qualitätskriterium bei der Vergabe von Fördermitteln werden.

Die Mehrzahl aller Initiativen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung hat immer noch einen viel zu kurzfristigen Charakter. Tödlich für Bürgerengagements sind kurzatmige Mobilisierungskampagnen, die wenig bewirken sowie Projekte, die zur Ruine werden, weil sie nach Ablauf einer Modellförderung durch Bund oder Länder nicht in eine kommunale Finanzierung übernommen werden können.

Finanzielle Absicherung ungeklärt ...

Obwohl Freiwilligenagenturen als lokale und regionale Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einen anerkannten Beitrag leisten, ist deren finanzielle Absicherung völlig ungeklärt. Die meisten Freiwilligenagenturen werden auf der Basis jährlicher Zuweisungen finanziert, und viele müssen ihr Personal über Programme des Zweiten Arbeitsmarkts absichern.

Der Staat muss daher langfristig wirksame Angebote, Einrichtungen und Instrumente etablieren, die verlässliche Rahmenbedingungen mit entsprechend langfristiger Finanzierung für das bürgerschaftliche Engagement schaffen.

Bürgerschaftliche Engagements müssen keineswegs allein auf den Staat und die verschiedenen öffentlichen Haushalte bauen. Es gilt, verstärkt Förderstrukturen durch Unternehmen, freigemeinnützige Organisationen und Bürgerstiftungen zu entwickeln.

Zu viele Köche verderben den Brei ...

Eine Vielzahl von Finanzierungsakteuren kann allerdings zu Wirrwarr führen: Zuständigkeiten werden reihum auf die jeweils anderen übertragen. Nur wenn langfristige Verbindlichkeiten und klare Zuständigkeitsverteilungen vereinbart sind, kann sich die grundsätzlich erstrebenswerte Finanzierungsvielfalt bewähren.

Für die hierfür erforderlichen Abstimmungsprozesse brauchen wir ein bundesweites Netzwerk von Gremien und Foren.

Politiker fürchten Machtverlust ...

Die Förderung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement kann sich auf den Auftrag

des Grundgesetzes berufen: Artikel 20,2 verlangt die konkrete Ausgestaltung von Volkssouveränität im Sinne von "mehr Demokratie wagen". Doch je mehr BürgerInnen selbst entscheiden wollen, umso heftigere Widerstände gibt es bei Vertretern der repräsentativen Politik, die eine Aushöhlung ihres Mandats befürchten.

Parlamentarier sollten sich darin auszeichnen, dass sie in der Lage sind, partizipative Verfahren zu moderieren und deren Ergebnisse umzusetzen, anstatt Angst vor den angeblich chaotischen und blockierenden Effekten von zuviel Bürgerbeteiligung zu



verbreiten.

Für den Weg zur Bürgergesellschaft ist entscheidend, ob und inwieweit dieses Leitbild die Praxis gesellschaftlicher Institutionen prägt. Gerade die Vorstellungswelten der öffentlichen Verwaltung bilden eine Hürde im Alltag der BürgerInnen. Daher gilt es, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung zum Ausbildungsbestandteil im öffentlichen Dienst zu machen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Konzept "Seitenwechsel" in Niedersachsen sind dabei sehr hilfreich.

Mitbestimmung per Internet

Auch das Internet könnte hier eine wichtige Rolle spielen: wenn Infos und Protokolle amtlicher Vorgänge auf der Homepage der Rathäuser jedem in verständlicher Form zugänglich werden, Ratssitzungen als Bürger-TV im Netz zu sehen sind und eine direkte Rückkopplung zu den politischen Machern besteht, kommen wir auf dem Weg zur Umsetzung des Grundgesetzartikels 20,2 einen entscheidenden Schritt voran.

Warum nicht überall eine interaktive Bürgerbeteiligung online? Das wäre ein Mittel gegen Wahlmüdigkeit bei Kommunalwahlen, an denen sich oft nicht einmal 50 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen.

Bürgerbeteiligung als Unterrichtsfach ...

Demokratieerziehung ist hier zu Lande zwar offizieller Bestandteil politischer Schulbildung, doch es fehlt an engagement- und beteiligungsorientierten Unterrichtskonzepten. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die das beschämende Abschneiden deutscher Schüler bei der PISA-Studie ausgelöst hat, sollte auch für die Stärkung engagement- und demokratiepolitischer Ziele genutzt werden.

Dies setzt allerdings mehr voraus als die Verbesserung der Lesefähigkeit und der Fertigkeit im Umgang mit Zahlen. Weil zivilgesellschaftliches Engagements ein wesentlicher Bildungsfaktor ist, sollten die Länder im Rahmen ihrer Kulturhoheit Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen auf diesem Gebiet fördern und auch schulisch anerkennen.

Zugleich muss Bürgerengagement in Kindertageseinrichtungen, Jugendhäusern, Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Arbeit in Jugendvereinen und -verbänden viel mehr Teil der Schulausbildung werden.

Wissenschaftliche Begleitung fehlt

Noch gibt es keinen ausreichenden Überblick über Art, Inhalt und Umfang der demokratischen Teilhabe und bürgerschaftlichen Mitwirkung in den einzelnen Bundesländern. Es fehlt auch an wissenschaftlicher Begleitung, um Ergebnisse zu sichern, erprobte Wege zu bewerten und die eingesetzten Verfahren und Instrumente verbessern zu können.

Wissenschaftliche Begleitforschung hätte deutliche basisdemokratische Folgen: die Bürger kämen systematisch zu Wort und könnten ihre Ansprüche auf Partizipation geltend machen, ohne sich dem Vorwurf egoistischer Interessen aussetzen zu müssen.



Wie fördern die Länder Bürgerbeteiligungen?

Hier nur ein kurzer Überblick. Umfassende Darstellungen bürgerorientierter Länderpolitik gibt es im Internet (www.buergerorientiertekommune.de) und in den Veröffentlichungen der Enquête-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestages.

Baden-Württemberg: Das Land kann auf eine mehr als zehnjährige Praxis zur Förderung von Bürgerengagement zurückblicken. Nicht die Subventionierung von Einzelinitiativen oder die Förderung von Einrichtungen stehen dabei im Zentrum, sondern die Vernetzung von gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren vor Ort.

Inzwischen existiert ein Landesnetzwerk, an dem sich rund 100 Kommunen (49 Städte, 48 Gemeinden, 16 Landkreise) beteiligen, wie etwa die Arbeitsgemeinschaft Seniorengenossenschaften/ bürgerschaftliches Engagement (ARBES), die Arbeitsgemeinschaft Förderung bürgerschaftliches Engagement (AG BE), in der die Kooperation zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Land organisiert wird, sowie die "Geschäftsstelle bürgerschaftliches Engagement" im Sozialministerium.

Schwerpunkte der Förderung sind die Schaffung von Kinder- und Jugendparlamenten, Seniorengenossenschaften und Programme zur Stadt- und Dorferneuerung oder zur Sportförderung und Gesundheitspolitik.

Bayern: Schwerpunkte sind familien-, jugend- und heimatbezogene Aktivitäten (Förderung von Mütterzentren, altersgemischten Kinderbetreuungsgruppen, ehrenamtlichen Helfern in der Erziehungshilfe) sowie Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung (Sicherheitswachen, kommunale Sicherheitsbeiräte, ein Wettbewerb "Saubere Stadt" sowie Sicherheitsmaßnahmen für Senioren).

Daneben werden Programme der Dorf- und Regionalentwicklung gefördert, die den Dialog zwischen Kommunen, BürgeInnen und Fachleuten organisieren. In diese Projekte werden die Bürgerinnen und Bürger von vornherein „dialogisch“ einbezogen.

Rheinland-Pfalz: Hier werden über lokale Infrastrukturen insbesondere Frauen im Ehrenamt, Selbsthilfe, Weiterbildung, Seniorenengagement und Bürgeraktivitäten im Kinder- und Jugendbereich sowie in Kultur und Umwelt gefördert. Die Landeshomepage www.wir-tun-was.de ist zur Präsentations-, Informations- und Kommunikationsplattform von ca. 12.000 Vereinen, Gruppen und Initiativen geworden.

Zugleich sollen mittelständischen Unternehmen Möglichkeiten einer effektiven "Win-win-Strategie" aufgezeigt werden: Bürgeraktivitäten schaffen Arbeitsplätze, wenn der „Gewinn“ aus ehrenamtlichen Tätigkeiten in kommunale Projekte investiert wird, die ohne das Engagement der Bürger nicht realisierbar wären.

Nordrhein-Westfalen: Um die kommunale Ebene und gesellschaftliche Organisationen bei der Entwicklung engagementfördernder Projekte und Initiativen zu unterstützen gibt es eine „Service-Stelle für bürgerschaftliches Engagement“ im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit. Das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport fördert bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des Programms "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf".



Hessen: Seit Dezember 1999 läuft die Kampagne „Gemeinsam aktiv - Bürgerengagement in Hessen" (www.gemeinsam-aktiv.de). Die Landesehrenamtsagentur, die im August 2001 ihre Arbeit aufgenommen hat, verfolgt in Kooperation mit den Kommunen das Ziel, durch verbandsunabhängige Qualifizierungsmaßnahmen, Veranstaltungen und Beratungsangebote örtliche und regionale Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement aufzubauen.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat unter dem Motto "Aktive Bürger = starke Kommunen" ein Projekt initiiert, das bürgerschaftliche Projekte präsentiert und die Kommunen motiviert, günstige Rahmenbedingungen für Ehrenämter anzubieten. Das Projekt entwickelt sich in enger Abstimmung mit der Ehrenamtskampagne „gemeinsam-aktiv" zu einem landesweiten Netzwerk.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass Hessen durch eine Kooperation mit den Sparkassen ab 2003 eine Gruppenhaftpflichtversicherung und eine Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Tätigen im Lande, die nicht anderweitig abgesichert sind, abgeschlossen hat.

Autor: Norbert Thomas
01.11.2003

Baden-Württemberg
Bayern
Rheinland-Pfalz
Nordrhein-Westfalen
Hessen
Bürgerorientierte Kommune
Wo gibt es Bürgerbeteiligungen?
Rundbrief Bürgerbeteiligung

